

**Fachhochschule Osnabrück**  
University of Applied Sciences

**Rolf Wortmann**

**Der Irakkrieg und  
die Zukunft der  
transatlantischen  
Beziehungen**



Rolf Wortmann

# Der Irakkrieg und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen

Schriftenreihe des Forums „Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ der Fakultät  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Osnabrück,  
Band 1.

## **Impressum**

Herausgeber:  
Fachhochschule Osnabrück  
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Der Dekan  
Postfach 1940  
D-49009 Osnabrück

Redaktion:  
Ute Reckhorn  
Tel.: 0541 / 969-2944  
Fax: 0541 / 969-2066  
Email: [pressestelle@fh-osnabrueck.de](mailto:pressestelle@fh-osnabrueck.de)  
Internet: [www.fh-osnabrueck.de](http://www.fh-osnabrueck.de)

Druck und Herstellung:  
Print & Media Team Kroog  
Westerkappeln

Rolf Wortmann

# Der Irakkrieg und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen

Überarbeitete Fassung eines Vortrags am 05. Juni 2003 zur Eröffnung des Forums „Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Fachhochschule Osnabrück



## **Inhaltsverzeichnis**

	<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>I</b>	<b>Gründe und Ziele des Irak-Kriegs</b>	<b>8</b>
<b>II</b>	<b>Der Strategiewechsel in den USA</b>	<b>16</b>
<b>III</b>	<b>Kontinuität und Wandel der amerikanischen Politik seit dem Ende des Kalten Krieges</b>	<b>23</b>
<b>IV</b>	<b>Clinton oder Amerika als „gütiger Hegemon“</b>	<b>27</b>
<b>V</b>	<b>Ein neuer außenpolitischer Konsens in den USA?</b>	<b>32</b>
<b>VI</b>	<b>Wie mächtig ist Amerika?</b>	<b>36</b>
<b>VII</b>	<b>Europa und Amerikas Hegemonie</b>	<b>40</b>
<b>VIII</b>	<b>Europas Optionen</b>	<b>42</b>



## Einleitung

Der Irakkrieg, so könnte man mit Blick auf den G 8-Gipfel vom 1. und 2. Juni 2003 in Evian fragen: War da was? Demonstrativ beteuern die ehemaligen Kontrahenten: Kein Blick zurück im Zorn! Alle blicken nur nach vorn. In Krakau beehrte der US-Präsident seinen neuen Verbündeten mit einem herausragenden Besuch und verkündete eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen, die zugleich als Markenzeichen den Krieg gegen den Terrorismus aufgedrückt bekommt und an Forderungen an die Europäer, sich daran im Rahmen der Nato mit modernster Waffentechnologie zu beteiligen, fehlt es nicht. War also alles Spekulieren im Umkreis des Irakkrieges nichts weiter als viel Lärm um Nichts?

Vor ein paar Wochen wurden andere Fragen debattiert. Ist der dritte Golfkrieg eine weltpolitische Zäsur? Ist er die Ursache oder der Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels der internationalen Konstellation? Manifestiert sich in ihm die Rückkehr zu einer längst überwunden geglaubten anarchischen Staatenwelt, in der die Stärke des Rechts durch das Recht des Stärkeren abgelöst wird? Signalisiert er das Ende der UNO, da die Vereinten Nationen den Vereinigten Staaten im diplomatischen Tauziehen unterlagen? Erleben wir statt des Anbruchs eines Zeitalters des ewigen Friedens, der Welt Immanuel Kants, die den Krieg ächtet, einen Rückfall in den bellum omnium contra omnes des Thomas Hobbes mit der Wiederbelebung der klassischen Machtpolitik vergangener Jahrhunderte, mit der sich Europa selbst ruinierte? Verhält es sich so, dann erhält die alte Frage, ob eine friedliche und stabile Weltordnung durch ein Hegemonialsystem oder durch ein multipolares System eines Mächtegleichgewichts garantiert wird, eine brisante Aktualität.

Der Irakkrieg wirft darüber hinaus aber noch weitere Fragen auf. Sind die unübersehbaren Differenzen zwischen den USA und einem Teil der europäischen Staaten lediglich Ausdruck atmosphärischer Störungen, die sich bald wieder in einer vertrauten Normalität auflösen, oder der Anfang vom Ende der transatlantischen Kooperation, also das Ende

des „Westens“ als einer durch gemeinsame Werte und Interessen zusammengehaltenen einheitlichen weltpolitischen Akteursgruppe? Alle diese Fragen hängen letztlich davon ab, wie man die amerikanische Außenpolitik einschätzt. Vollzog sich mit der neuen Bush-Administration wirklich ein tiefgreifender Strategiewechsel? Worin besteht er, wodurch wird er motiviert? Ist er eine Reaktion auf die Terrorattacken vom 11. September 2001? Ist er nur eine vorübergehende Erscheinung, die mit einer neuen Administration auch wieder verschwindet, oder entspricht er einer dauerhaften Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik? Was folgt daraus für die Europäer, für Deutschland?

## **I. Gründe und Ziele des Irak-Kriegs**

Es wurde und wird darüber gerätselt, was der eigentliche Kriegsgrund der USA war und das Kriegsziel ist. Die Weltöffentlichkeit wurde mit wechselnden Gründen und Zielen konfrontiert. Mal war es die vermutete Existenz von Massenvernichtungswaffen für die der Welt teilweise peinliche Beweise geliefert wurden, mal war es eine wenig plausible Verbindung der irakischen Diktatur zum Terrornetzwerk Al Quaida und dann als Verbindung beider Gründe die Entwaffnung Saddams mit einem erforderlichen Regimewechsel, um das irakische Volk von einem menschenverachtenden Diktator zu befreien und die gesamte Region des Nahen Ostens neu zu ordnen.

Bei solch vagen Begründungen konnte es nicht verwundern, dass auch die Suche nach den vermeintlich eigentlichen Motiven ins Uferlose geriet. Man vergaß dabei, dass Staaten – auch Regierungen – selten nur ein Motiv haben. Insbesondere amerikanische Administrationen sind in der Regel keine monolithischen Blöcke. Sie bestehen aus unterschiedlichen Strömungen, die in ihnen austariert werden müssen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Legendär sind die Konflikte zwischen Außenministern und Sicherheitsberatern, beispielsweise in den Präsidentschaften Nixons (als Kissinger noch Sicherheitsberater war) und Carters, als sein Sicherheitsberater

Das gilt auch für die gegenwärtige Bush-Administration, wenn auch weniger für die Strategie als für die Taktik, wie die Unterschiede des politischen Agierens zwischen dem pragmatischeren Außenminister Colin Powell und den Hardlinern um Verteidigungsminister Rumsfeld zeigen.

In einer kritischen Öffentlichkeit, die alle offiziellen Begründungen für eine Camouflage hielt, verfuhr man nach der Devise des großen englischen Historikers Edward Gibbon, der im 18. Jahrhundert ein monumentales Werk über den „Aufstieg und Fall des Römischen Reiches“ verfasste, man solle bei der Suche nach den Motiven für eine historische Handlung stets nach den niedrigsten suchen, dann liege man meistens dicht bei der Wahrheit. Verbunden mit ökonomisch determinierten Politikanalysen avancierte so der „Krieg ums Öl“ zum eigentlichen Kriegsziel der USA.

Verweist man mit Blick auf den „Cheney-Report“ vom 16.5. 2001 auf den Ölhunger des „american way of life“, d.h. auf die steigende Abhängigkeit der USA von ausländischen Ölquellen für die nächsten 25 Jahre, bedenkt man die zunehmende Knappheit dieser Ressource und ihre Bedeutung für das Funktionieren industrieller Gesellschaften und erinnert zudem an die engen personellen Verbindungen zwischen diesem Industriezweig und der Bush-Administration, dann ergibt sich daraus ein scheinbar kohärentes Erklärungsmuster. Unbestreitbar ist die strategische Bedeutung der Sicherung des Zugriffs auf die Ölquellen ein wesentliches Element amerikanischer und westlicher Sicherheitspolitik. Kein Präsident hat die nach dem amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter benannte Doktrin von 1980 zurückgenommen, in der als Reaktion auf den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan die Region des Persischen Golfes zum „vitalen Interessengebiet“ der USA erklärt wurde: „Jeder Versuch einer fremden Macht, dort Fuß zu fassen, werde mit allen notwendigen Mitteln, einschließlich militärischer Macht, zurückgewiesen“.<sup>2</sup> Auch die amerikanische Politik gegenüber

---

Brzezinski und sein Außenminister Vance zuweilen den Eindruck vermittelten, verschiedenen Regierungen anzugehören.

<sup>2</sup> Zit. nach „Botschaft des Präsidenten Jimmy Carter v. 23. 01. 1980 an den

den wiederauferstandenen Staaten an der Südflanke Russlands nach dem Zerfall des Sowjetimperiums belegt zwar die strategische Bedeutung des Erdöls, aber seine Kontrolle ist nicht das Ziel, sondern ein wichtiges Mittel im Rahmen einer umfassenden weltpolitischen Strategie.<sup>3</sup> Unstrittig ist auch, dass der gesamte Nahe und Mittlere Osten sich nicht der gleichen geopolitischen Bedeutung erfreute, wenn es dort nur Wüstensand und Datteln gäbe. Aber aus geostrategischer Sicht – und diese einst verpönte und außer Mode gekommene Sichtweise hat in den USA seit den 80er Jahren eine nicht zu unterschätzende Renaissance erlebt – ist der Nahe Osten nicht nur wegen des schwarzen Goldes eine wichtige Region, sondern – darauf hat Herfried Münkler hingewiesen – weil sie eine Brücke zwischen Europa, Asien und Afrika bildet.<sup>4</sup>

Ist also die Kontrolle der riesigen Erdölressourcen im Irak sicherlich ein gewichtiger Faktor der amerikanischen Kriegsziele, so bedeutete doch die Annahme, in der Sicherung der Ölvorkommen für amerikanische ökonomische Zwecke das primäre Kriegsziel zu sehen, eine Verkennung der strategischen Ziele. Dass auch die Angst vor Massenvernichtungswaffen in den Händen eines zu allem bereiten Diktators der eigentliche Kriegsgrund nicht war, der sich psychologisch noch aus dem Trauma der Terrorattacken auf New York und Washington am 11. September 2001 hätte herleiten lassen, hat nach einer Meldung in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* v. 19.2.2003 der amerikanische Außenminister Colin Powell bestätigt. Vor dem Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten erklärte er, Ziel sei der Sturz Saddams und daran anschließend eine Umgestaltung der Region zum Vorteil der USA und Israels.

---

Kongress über die Lage der Nation“, in: Europa-Archiv, 1980, D 101 – D 105 sowie zum Kontext Christian Hacke; Von Kennedy bis Reagan. Grundzüge amerikanischer Außenpolitik 1960-1984, Stuttgart 1984, S. 179 ff.

<sup>3</sup> Zur geostrategischen Bedeutung Eurasiens für die amerikanische Hegemonialpolitik im Allgemeinen und die Ölvorkommen im Kaukasus im Besonderen s. Z. Brzezinski; Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Weinheim und Berlin 1997, S. 205 ff.

<sup>4</sup> Herfried Münkler; Der neue Golfkrieg. Reinbek 2003, S. 7, zu den immanent ökonomisch widersprüchlichen Begründungen der Parole „Kein Blut für Öl“

In publizistischer Form wurde diese Strategie von Ronald D. Asmus und Kenneth M. Pollack begründet.<sup>5</sup> Sie sehen in der Demokratisierung einen dringend notwendigen Strategiewechsel einer künftigen amerikanischen Nah-Ost-Politik, in dem sich das Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Politik der USA im Nahen Osten reflektiert. In einer langen Kette versuchte man einen Staat gegen einen anderen hochzurüsten, um ihn anschließend als „Schurkenstaat“ zu enttarnen und dann mit dem nächsten zu bekämpfen. Da der Nahe Osten heute für die USA die strategische Bedeutung einnimmt, die einst Europa zukam, könne man nicht länger auf eine Stabilität der auto- bzw. theokratischen Potentaten in der Region bauen. Eine Demokratisierung, auch mit militärischer Gewalt, bedeute eine Abkehr von der Politik der Eindämmung mit dem Ziel der Sicherung von Stabilität auf einer neuen Basis. Folglich gelte es nicht mehr, den Status quo zu erhalten und zu sichern, sondern ihn zu überwinden, weil allein dadurch eine Lösung der Probleme ermöglicht werde.

Destabilisierung zum Zweck der Herstellung einer neuen Ordnung in der Region ist das Ziel der Politik. Adressaten sind nicht mehr im Sinne der klassischen Realpolitik die staatlichen Akteure, sondern ein Wechsel der Regime durch variantenreiche Eingriffe in die innere Ordnung. Was innerhalb der Welt souveräner Staaten als Eingriff in die inneren Angelegenheiten diskreditiert wird, wird nun zum Instrument der Außenpolitik.

Von einer Demokratisierung des Irak versprechen sich die Autoren eine nachhaltige Überwindung des Status quo in der Hoffnung, dass ein erfolgreiches Demokratisierungsprojekt Irak, verbunden mit einem aus den Ölvorkommen zu erzielenden Wohlstand dann eine destabilisierende und

---

siehe ebd. S. 48 ff.

<sup>5</sup>Ronald D. Asmus / Kenneth M. Pollack; Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 12/2002, S. 1457-1466. Sie arbeiten übrigens in einem den Demokraten nahestehenden think tank und verkündeten nebenbei, schon unter Clinton habe man über eine Demokratisierung des Irak nachgedacht.

nachahmende Wirkung auf die Bevölkerungen der anderen Potentatenregime hat. Fallen diese wie Kartenhäuser zusammen, besteht Grund zu der Hoffnung, dass diese neu entstandenen Demokratien „natürliche Verbündete“ der USA werden. So gestaltet sich eine befreite und befriedete Region zum Vorteil der amerikanischen – und israelischen – Sicherheitsinteressen. Die momentane Unterstützung der regimekritischen Oppositionsbewegung im Iran durch die US-Regierung belegt die Relevanz dieser Strategie eindrucksvoll und zeigt zugleich, dass unmittelbare äußere Hilfe in Gestalt militärischer Macht nicht das einzige Mittel zum Zweck darstellen muss.

Das Aufgehen dieser Rechnung hängt allerdings von vielen Wirten ab. Die Behauptung, Staaten mit islamischem Einfluss seien generell demokratieunfähig, lässt sich nicht begründen. Reichert man sie mit dem Zusatz „fundamentalistisch“ an, dann ist die damit verbundene Vorstellung einer Theokratie mit dem Demokratiebegriff in der Tat unvereinbar. Im Falle des Irak verhält es sich aus der Sicht der Demokratieexporteure ohnehin anders. Er erscheint für dieses Unternehmen auf Grund seines sehr weit entwickelten Säkularisierungsgrades in der Region geradezu prädestiniert, aber wegen seiner heterogenen ethnischen und religiösen Strukturen könnte er sich doch nicht als der geeignete Kandidat erweisen. Die in Aussicht gestellte Verlängerung der amerikanischen Militärpräsenz und der Rückgriff auf alte Clan-Strukturen beim Aufbau eines demokratischen Staates könnten die Demokratisierungseuphorie bremsen.

Interessanterweise greifen diese „demokratischen Imperialisten“ in ihren Methoden auf eine Politik zurück, die man früher – mehr oder weniger berechtigt – bei der Sowjetunion unterstellte und kritisierte. Ihr Ziel heißt statt Export des Sozialismus für eine „sozialistische Weltrevolution“ zwar Demokratisierung der Welt, aber in der Form des notfalls auch zwangsweisen Exports eines politischen Gutes in der Erwartung, dass die Adressaten darauf sehnlichst warten, weil es ihren „objektiven Interessen“, so die Bolschewiken, oder einem tiefen menschlichen Wunsch nach Freiheit

entspricht, erweisen sie sich als gelehrige Schüler Trotzki und Lenins. Kritiker haben sie deshalb auch als „konservative Bolschewisten“ bezeichnet.<sup>6</sup>

Nachdem die „Koalition der Willigen“ bis heute keine glaubwürdigen Beweise für den offiziell verbleibenden formalen Kriegsgrund, den Besitz von Massenvernichtungswaffen des Iraks, vorweisen konnte, plauderte der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, der zusammen mit Richard Perle als der spiritus rector des Irakkrieges gilt, am 30. Mai 2003 andere Kriegsgründe aus. In einem Interview mit der britischen Zeitung „*Vanity Fair*“<sup>7</sup> erklärte er, man habe sich aus inneradministrativen Gründen auf die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen als Kriegsziel geeinigt, weil das der kleinste gemeinsame Nenner war, auf den sich die Bush-Administration einigen konnte. Damit lädt sich die „Koalition der Willigen“ zwar nach der vorherigen Umkehr der Beweislast zu Ungunsten des Iraks ihrerseits eine Beweislast auf, aber die dürfte nach der erfolgreichen Befreiung des Iraks für den britischen Premierminister problematischer werden als für den amerikanischen Präsidenten. Denn wie Wolfowitz andeutete, spielten in der amerikanischen Regierung und der politischen Entscheidungselite offensichtlich mehrere Kriegsziele eine gewichtige Rolle. Dabei dürfte – von Wolfowitz erwähnt – die Sicherung und der Ausbau der amerikanischen Militärpräsenz in der Region unabhängig von Saudi-Arabien einen prominenten Stellenwert einnehmen.

Seit die Verbindungslinien des erzkonservativen saudischen Königshauses zu Terrornetzwerken und deren finanzielle Unterstützung nicht mehr zu übersehen und die Folgen auch für die USA unmittelbar geworden sind, ist Saudi-Arabiens Status als US-Statthalter in der Region höchst

---

<sup>6</sup> Robert Misik; Schneidig wie Leo Trotzki, in: tageszeitung v. 18.06.03 hat die Analogie der amerikanischen demokratischen Imperialisten in der Form zu Trotzki's „permanenter Revolution“ hervorgehoben und zugleich auf den biografisch interessanten Umstand hingewiesen, dass führende neokonservative Publizisten der älteren Generation in den USA wie Irving Kristol und Norman Podhoretz früher „Trotzkisten“ waren.

<sup>7</sup> Ich beziehe mich auf eine Meldung der Frankfurter Rundschau v. 31.05.03.

problematisch geworden. Wenn dem so ist, dann braucht man ersatzweise für Saudi-Arabien nicht nur dauerhaft verlässliche neue Militärstützpunkte, man braucht eventuell auch eine Kompensation für das saudische Erdöl. Für beide Ziele bietet der Irak eine Lösung von hoher strategischer Rationalität. Eine US-Militärpräsenz im Irak (verbunden mit der in Afghanistan) bringt zudem den Iran als weiteren Schurkenstaat in eine Sandwichsituation. Geografisch gesehen ist kaum ein Land für eine die gesamte Region erfassende Militärpräsenz optimaler als der Irak. Voraussetzung dafür war allerdings ein Sturz des bisherigen Regimes. Nach der Befreiung des Irak von Saddam Hussein war der Anspruch der USA, dort drei Militärstützpunkte dauerhaft einzurichten, im Lichte dieser strategischen Überlegung naheliegend.

Hier treffen sich Vertreter klassischer Machtpolitik mit einer primär geostrategischen Sichtweise mit den Ambitionen der „demokratischen Imperialisten“. Diese Lager und Motivlagen sind in der Bush-Administration präsent und können sich in diesem Falle durchaus auf konkrete Handlungen einigen. Für den Interpreten ist es allerdings nicht immer einfach zu entscheiden, was nun in einer Gesamtstrategie eher Mittel oder Zweck ist.

Die geostrategische Argumentation im Verbund mit einer umfassenden globalstrategischen Perspektive des „War against Terrorism“ als dem alle Elemente integrierenden strategischen Focus entwickelt Thomas P. M. Barnett, Professor am US Naval War College und seit September 2001 Berater Rumsfelds, in der März Ausgabe der Zeitschrift „*Esquire*“.<sup>8</sup> Für ihn ist der Irakkrieg Teil eines neuen Sicherheitsparadigmas. Er sieht einen Zusammenhang zwischen Globalisierung und Terrorismus darin, dass nur jene Staaten und Regionen instabil sind und Terrorismus hervorbringen, die in den Globalisierungsprozess nicht eingebunden sind. Alle Staaten hingegen, die in die Regeln und Netzwerke der Globalisierung integriert sind, erfreuen sich großer Stabilität und stellen keine

---

<sup>8</sup> Die deutsche Übersetzung von Thomas P. M. Barnett; *The Pentagon's New Map*. in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 05/2003, S. 554-564.

Gefährdung der amerikanischen Sicherheit dar. Das Problem also ist die „non-integrating gap“, die nichtintegrierte Lücke. Saddam sei nur eine Etappe, diese Lücke zu schließen. Deshalb fänden die nächsten „Auswärtsspiele“ der USA in den Lücken statt. Man müsse die Terroristen dort kriegen, wo sie leben. Dazu sei es erforderlich, sich den Zugang zum Kern über die Saumstaaten der Lücke zu verschaffen. Barnett plädiert für einen Export von Sicherheit, um die Globalisierung wirklich global werden zu lassen. „Ohne Sicherheit kann die Freiheit im Nahen und Mittleren Osten nicht gedeihen, und Sicherheit ist der wirkungsvollste öffentliche Exportartikel unseres Landes. (...) Wir sind als einzige Nation der Erde in der Lage, nachhaltige Sicherheit zu exportieren, und wir haben diesbezüglich eine großartige Erfolgsgeschichte. Zeigen sie mir einen Teil der Welt, wo der Frieden sicher ist, und ich zeige Ihnen enge oder sich vertiefende Bindungen zwischen den dortigen Streitkräften und dem US-Militär.“<sup>9</sup> Nur, wo permanente US-Militärbasen seien, herrsche Frieden und Sicherheit. Noch sei der Nahe Osten ein Eldorado für Tyrannen. Dem Wandel, der erforderlich sei, stehe allein die Angst vor Traditionsverlust und das Missfallen der Mullahs entgegen. „Der Nahe und Mittlere Osten ist der perfekte Ort, um loszulegen. In einer Region, in der die Quellen der Unsicherheit nicht zwischen Staaten liegen, sondern innerhalb derselben, kann Diplomatie nicht mehr funktionieren.“<sup>10</sup> So wird der Krieg gegen den Terrorismus auch ein Krieg zur Erweiterung und Vertiefung der Globalisierung, gestützt durch Sicherheit garantierende amerikanische Militärbasen. Deren systematischer Ausbau rund um die Welt wird von dem Makel, allein amerikanischen Interessen zu dienen, befreit und zum Instrument weltweiter Sicherheit und Stabilität.

Im Ergebnis hat der Irak-Krieg noch eine andere nicht zu unterschätzende Funktion. Der überwiegend unerwartet schnelle Erfolg des Krieges im Irak, die Demonstration einer absolut überlegenen konventionellen Militärmacht

---

<sup>9</sup> Barnett a.a.O. S. 559.

<sup>10</sup> ebd.

auf höchstem technologischen Niveau bei wahrscheinlich relativ geringen Verlusten an Menschenleben für beide Kriegsparteien wird in seiner psychologischen Wirkung auch dadurch nicht geschmälert, dass er an einem Gegner zelebriert wurde, dessen militärische Kraft schon wesentlich dezimierter war, als es zuvor den Anschein hatte. Ob die erprobte neue militärische Strategie Rumsfelds gegen militärisch stärkere Gegner den gleichen Erfolg garantiert, ist eine andere Frage. Wer immer amerikanischen Willen im vorausseilenden Gehorsam nicht erfüllt, weiß nun, was ihm blühen kann. Die dem Irakkrieg folgenden Drohgebärden gegen Syrien und den Iran dokumentieren diesen Effekt.

## **II. Der Strategiewechsel in den USA**

Der Irakkrieg erhält seine strategische Rechtfertigung als Teil des Krieges gegen den Terrorismus. In dieser Verbindung manifestiert sich nach übereinstimmender Einschätzung vieler Analytiker und Kommentatoren ein Strategiewechsel der amerikanischen Außenpolitik. Strittig ist hingegen, worin dieser Strategiewechsel besteht, ob er langfristiger oder vorübergehender Art ist und welche Ziele damit letztlich verfolgt werden. Ist er lediglich eine Reaktion auf den 11. September, dessen neuartige Bedrohung unkonventionelle Antworten erfordert? Oder erhält die Tragödie von New York und Washington im Rahmen einer langfristig angelegten Strategie der Hegemonialmacht USA die Funktion eines Katalysators?

Die Besonderheit des „War against Terrorism“ liegt darin, dass er wegen der „Abstraktheit“ des Feindes weder ein konkretes Ziel noch eine geografische Begrenzung kennt und sich dadurch mit immer weiter gefassten Sicherheitsinteressen für nahezu beliebige Zwecke instrumentalisieren lässt. Er reiht sich ein in die Kategorie „asymmetrischer Kriege“, die schon in den 1990er Jahren durch die Erfahrungen auf dem Balkan, in Ruanda und Somalia als die neue Form des Krieges diagnostiziert wurden, die den traditionellen zwischenstaatlichen Krieg, der sich noch in den Kategorien

Clausewitz fassen ließ, beerbt.<sup>11</sup>

Auf Grund seiner unspezifischen Gefahr und seiner Ortlosigkeit werden mit dem Krieg gegen den Terrorismus die herkömmlichen Spielregeln der internationalen Politik inklusive des Völkerrechts unter dem Aspekt der neuen Bedrohung obsoletiert. Ins Visier gerät insbesondere das Souveränitätsprinzip der Staaten als konstituierendes Element des Völkerrechts und die Ächtung von Angriffskriegen, die mit der Reklamierung eines Rechts auf Präventivkriege seitens der USA unterlaufen wird. Diese riskante als Erweiterung des klassischen Völkerrechts titulierte Aushebelung desselben, die Henry Kissinger als „revolutionär“ und „im völligen Gegensatz zum modernen Völkerrecht“ mit unabsehbaren Folgen charakterisierte,<sup>12</sup> könnte allerdings böse Folgen haben. Denn wie kann wer mit welchen Gründen andere Staaten (z.B. die so genannten Schurkenstaaten) von einer erfolgreichen Nachahmung des amerikanischen Vorbildes abhalten? Wächst bei den durch die US-Präventivkriegsdoktrin gefährdeten Staaten nicht eher der Drang, sich gerade Massenvernichtungswaffen als Abschreckungsmittel zu beschaffen?

Indem der weltweite Terrorismus zur zentralen Bedrohung der amerikanischen Sicherheit aufsteigt und zur alles bestimmenden Größe der amerikanischen Außenpolitik wird, avanciert der Krieg gegen ihn zur Basis einer neuen Sicherheitsdoktrin. Der an sich staatenlose Feind bringt dennoch die Staatlichkeit ins Visier, wenn Staaten als Herberge für Terroristen oder gar als Unterstützer fungieren. Verfügen solche Staaten zudem über die (vermutete) Fähigkeit zur Entwicklung und Herstellung von Massenvernichtungswaffen, dann werden sie zu einer unmittelbaren

---

<sup>11</sup> Die erste systematische Analyse zu dieser neuen Form asymmetrischer Kriege findet man bei Herfried Münkler; Die neuen Kriege. Reinbek 2002. Ergänzend sei verwiesen auf Mary Kaldor; Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt a.M. 2000 sowie Martin van Creveld; Die Zukunft des Krieges. München 1998.

<sup>12</sup> Henry Kissinger; Die USA brauchen eine Strategie für die Zeit nach Saddam, in: Welt am Sonntag v. 11. August 2002.

Bedrohung für die USA. Diese Logik bestimmt die neue Sicherheitsdoktrin, deren allgemeine Zusammenfassung man in den am 17.9.2002 niedergelegten Grundsätzen der „*New Security Strategy*“ (NSS 2002) in Verbindung mit der Rede von Bush an der amerikanischen Militärakademie West Point vom 1.6.2002 findet.<sup>13</sup>

Die wesentlichen Elemente sind:

- Aufrechterhaltung der amerikanischen Macht und Verhinderung, dass andere Mächte oder Machtgruppen zu den USA aufschließen;
- Streben nach absoluter Sicherheit für die USA und Fokussierung der Außenpolitik auf den Kampf gegen den Terrorismus, mit besonderer Betonung seiner militärischen Komponente;
- Handlungsfreiheit ohne restriktive Einbindung in internationale Regelwerke wie UNO oder andere internationale Regime;
- Und das Recht gegen vermeintliche Bedrohungen präventiv vorzugehen. „Die Vereinigten Staaten haben sich seit langem die Option präventiver Handlungen offen gehalten, um einer hinreichend großen Bedrohung der nationalen Sicherheit begegnen zu können. Je größer die Bedrohung, desto größer das Risiko, das aus Tatenlosigkeit erwächst – und desto zwingender das Argument für antizipierende Aktionen zur Selbstverteidigung, selbst wenn Unsicherheit darüber besteht, wann und wo der Feind angreifen wird.“ (G.W. Bush, Rede am 1.6.2001 in West Point)<sup>14</sup>

Analytiker der amerikanischen Außenpolitik registrieren bei der Bush-Administration einen Strategiewechsel von

---

<sup>13</sup> Eine deutsche Übersetzung dieser Dokumente findet sich in „Blätter für deutsche und internationale Politik“ H. 11/2002, S. 1391-1393 und H. 12/2002, S. 1505-1511 sowie [www.f-r.de/fr/1601/t1600009.htm](http://www.f-r.de/fr/1601/t1600009.htm) v. 28.9.2002; zur Interpretation der wesentlichen Elemente siehe Peter Rudolf; Deutschland und die USA – eine Beziehungskrise? in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 48/2002, S. 18 f. und Gert Krell; Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht, HSFK-Report 1/2003.

<sup>14</sup> Der Historiker Heinrich August Winkler; Wenn die Macht Recht spricht, DIE ZEIT v. 18. Juni 2003 kommentiert die so genannte Bush-Doktrin

der Eindämmung mit einer militärischen Abschreckungskomponente zu einer aktiven Gestaltung der Welt nach amerikanischen Interessen mit einer deutlichen Betonung der militärischen Machtmittel. Als Vorbild für die Bush-Administration dient Ronald Reagans Politik in den achtziger Jahren,<sup>15</sup> der unter den Bedingungen des Kalten Krieges zunächst eine vergleichbare Strategie der Abkehr von der Eindämmung – damals Entspannung genannt – einschlug, die nach Einschätzung neokonservativer Politiker mit dem Erfolg des Zusammenbruchs des Sowjet-Imperiums gekrönt wurde. Sie hatten Kissingers am Status quo orientierte Realpolitik stets als zu defensiv kritisiert. Unter Reagan schlug ihre erste große Stunde für eine offensive Außenpolitik, dann blieb ihnen über zehn Jahre der Zugang zur Macht zunächst durch den Realisten Bush sen., der die Früchte der Reaganschen Politik erntete und die Grundlagen einer neuen „Nachkriegsordnung“ legte, und schließlich durch den verhassten Clinton versperrt, der sich aus ihrer Sicht ohne Not internationalen Arrangements unterwarf und für die Nutzung des amerikanischen Militärpotenzials blind war. Heute schlägt unter Bush jr. ihre zweite große Stunde. An Reagan erinnert auch die simple Eintracht von Macht, Interesse und Moral und das religiös inspirierte Sendungsbewusstsein, das in Bushs Reden das Gute mit Amerika identifiziert und gegen die „Achse des Bösen“ setzt, wie einst Reagan in seinem manichäischen Weltbild die USA gegen die UdSSR als das „Reich des Bösen“ stellte.

---

folgendermaßen: „Die Vereinigten Staaten würden, wenn sie dem uramerikanischen Prinzip der *rule of law*, der Herrschaft des Rechts, in den internationalen Beziehungen abschwören, mit dem Gesetz brechen, nach dem sie bei ihrer Gründung angetreten sind. Die Nationale Sicherheitsstrategie, die Präsident Bush am 17. September 2002 unterzeichnet hat, bedeutet einen großen Schritt in diese Richtung. Die Bush-Doktrin erhebt für die USA den Anspruch auf ein globales Interventionsrecht, wann immer sie ihre nationale Sicherheit bedroht sehen. Die Gefahr muss durchaus nicht so konkret sein, dass sie unter den Begriff ‚unmittelbare Bedrohung‘ fällt, die nach der Charta der Vereinten Nationen das Recht auf Selbstverteidigung begründet.“

<sup>15</sup> Reagan und nicht etwa – wie manche eine Vater-Sohn-Beziehung psychologisierend meinen – Bush sen. ist das Vorbild und aus dessen ehemaliger Administration kommen maßgebliche Teile der derzeitigen Bush-Mitarbeiter.

Als weiteres wesentliches Element eines Strategiewechsels wird neben der Präemptiv- bzw. Präventivkriegsdoktrin ein dezidierter Wechsel zum Unilateralismus angesehen. Neigungen zum Unilateralismus deuteten sich mit Antritt der Bush-Administration schon bei der Zurückweisung des Kyoto-Protokolls, der Abkehr vom ABM-Vertrag und der Ablehnung des Internationalen Gerichtshofes an. Nach dem 11. September weckte Amerikas Vorgehen zunächst Hoffnungen, es kehre angesichts dieser Bedrohung auf den Pfad des Multilateralismus zurück.<sup>16</sup> Doch diese Hoffnungen wurden bald enttäuscht. Zwar durfte die NATO erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall feststellen, aber in die unmittelbare Militäraktion gegen Afghanistan wurde sie ebenso wenig einbezogen wie die UNO. Zu Ehren gelangte die NATO erst nach vollzogener Kriegsaktion als Putztruppe Amerikas für die Stabilisierung und den Wiederaufbau Afghanistans. Amerikas Verhältnis zu internationalen Institutionen wurde gleich nach den Terrorattacken präzisiert durch die Relativierung der Allianzen, in die Amerika eingebunden ist. Verteidigungsminister Rumsfeld brachte die neue Politik am 27. September 2001 in einem Beitrag der *New York Times* auf die Formel: „Nicht Koalitionen bestimmen die Mission, sondern die Mission definiert die Koalition.“<sup>17</sup> Daraus ergab sich die „Koalition der Willigen“ und mit Missachtung bis hin zur „Irrelevanz“ zu rechnen haben die Unwilligen, vor allem,

---

<sup>16</sup> Zu dieser Hoffnung vieler politischer Beobachter mit etwas Skepsis Rolf Wortmann; Anschlag auf die USA – Folgen für die internationale Politik, in: Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften (Hg.); „Krieg ist keine Antwort“. Beiträge der Vortragsreihe 2001 an der Universität Osnabrück, KooperationsScripte 2, S.99-110.

<sup>17</sup> Diesen wichtigen Aspekt der amerikanischen Neubestimmung ihres Verhältnisses zu ihren Allianzen übersahen die Kritiker von Bundeskanzler Schröder als sie ihm vorwarfen, durch seine frühzeitige Festlegung auf ein Nein zu einem Irakkrieg habe er seinen Einfluss auf die amerikanische Politik verloren. Erstens kann man nicht erkennen, dass Frankreich, das sich zunächst nicht festlegte, dadurch mehr Einfluss auf die USA erwarb, und selbst Tony Blairs Einfluss darf trotz – oder wegen – seiner bedingungslosen Unterstützung als eher gering eingeschätzt werden. Entscheidend ist aber die in der Rumsfeld-Formel zum Ausdruck kommende Maxime, dass nicht mehr die Rücksicht auf die Vorstellungen und Interessen der Verbündeten die amerikanische Politik bestimmt. Washington legt die Ziele fest und dann kann man sich beteiligen – oder auch nicht.

wenn sie sich wie Frankreich einflussreich gegen die USA stellen.

Als Bush im Vorfeld des Irakkrieges die UNO mit der Aussage brüskierte, sie habe die Chance, Amerika zu folgen oder in „Irrelevanz“ zu versinken, war mit dieser „Arroganz der Macht“ der neue Stil des Unilateralismus einer breiten Weltöffentlichkeit deutlich geworden. Daraus abzuleiten, Amerika wolle nun unbedingt unilateral agieren, wäre eine Fehleinschätzung. Das Bestreben ist ein multilaterales Vorgehen, aber es ist ein „aggressiver Multilateralismus“, in dem Amerika wie Rumsfeld dokumentiert, die Ziele vorgibt.<sup>18</sup> Da spätestens nach dem 11. September aus amerikanischer Sicht die Welt dichotomisch geteilt ist in „Entweder man ist für uns oder gegen uns“, da in der Frage des Terrorismus keine Neutralität möglich ist, gibt es eine Einladung zur Unterstützung der amerikanischen Politik, aber deren Ziele und Instrumente unterliegen nicht den Verhandlungen vorgegebener Allianzen, denen sich die USA unterwerfen würde. Ob das noch Multilateralismus genannt werden kann, ist zu bezweifeln.

Ein weiteres Element des Strategiewechsels, das logisch zu einer Relativierung der Systeme kollektiver Sicherheit und multilateralen Agierens führt, ist das Streben nach absoluter Sicherheit. Mit der Ausuferung des Sicherheitsbedürfnisses, angesichts des Schreckens durch den 11. September psychologisch verständlich, wachsen die Bedrohungen, Furcht verwandelt sich in Angst. Je mehr Amerika seine Souveränität gegen potenzielle Bedrohungen schützt, desto gefährdeter wird die Souveränität anderer. Was Henry Kissinger in historischer Analyse auf das revolutionäre Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts bezog, „dass das Verlangen eines Staates nach absoluter Sicherheit zur absoluten Unsicherheit für alle anderen führt“<sup>19</sup>, gilt auch für die USA. In gewisser

---

<sup>18</sup> „Mit uns oder gegen uns“ bedeutet nicht Unilateralismus, sondern eher einen aggressiven Multilateralismus.“ Andrew B. Denison; Unilateral oder multilateral? Motive der amerikanischen Irakpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24-25/2003, S. 21.

<sup>19</sup> Henry Kissinger; Großmacht Diplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs. Frankfurt / M. – Berlin –Wien, 1973, S.8.

Hinsicht, ist bezogen auf die bestehende Weltordnung, die USA heute ebenfalls eine revolutionäre Macht, allerdings mit dem Unterschied, dass sie über unvergleichliche Machtmittel verfügt, eine neue herzustellen.

Wenngleich die Reichweite des amerikanischen Strategiewechsels und seine Folgen für die transatlantische Partnerschaft unterschiedlich eingeschätzt werden, so herrscht doch relative Einigkeit bei den politischen Analytikern und Kommentatoren in Europa, dass die tiefsten Differenzen im transatlantischen Bündnis seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst wurden durch die „neuen, ja unerwarteten neoimperialen außenpolitischen Gebärden der Regierung Bush“<sup>20</sup>. Man kann grob drei Richtungen unterscheiden: Ein Teil der Transatlantiker geht davon aus, die Irritationen seien vorübergehender Natur und lägen primär begründet in der Bush-Administration und fänden ihr gütiges Ende auch mit deren Abwahl. Eine zweite Gruppe sieht zwar tiefe strukturelle Differenzen zwischen Amerika und (gewichtigen Teilen) von Europa, geht aber davon aus, dass die USA ihre Macht überschätzten und bald zur multilateralen Kooperation mit Europa zurückkehren würden. Davon hebt sich eine dritte Sichtweise ab, die den Grund der Probleme im „alten Europa“ sieht, das sich den veränderten Bedingungen und Vorgaben der Weltführungsmacht politisch anzupassen habe.

Bevor wir die Positionen schrittweise erörtern und diskutieren, gilt es zunächst zu klären, wie viel Kontinuität im Wandel der Politik der Bush-Administration steckt. Ein Rückblick auf die Entwicklung seit dem Ende des Kalten Krieges und eine Skizze der Politik Clintons sollen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu den neokonservativen Strategen der gegenwärtigen Administration verdeutlichen.

---

<sup>20</sup> So die Charakterisierung des ansonsten um Verständnis für die amerikanische Politik bemühten Politikwissenschaftlers und Amerikaexperten Christian Hacke; Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24-25/2003, S.9.

### III. Kontinuität und Wandel der amerikanischen Politik seit dem Ende des Kalten Krieges

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zweiten Golfkrieg verkündete Bush sen. damals eine Neue Weltordnung. Deren Inhalt hat er zwar nie ausformuliert, aber in der Publizistik und Wissenschaft erhielt sie Konturen, die man als den Interpretationsmainstream der „Nachkriegsentwicklung“ ansehen kann. Zwar stand Francis Fukuyama mit seiner These vom „Ende der Geschichte“, die in Hegelscher Manier mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem weltweiten Siegeszug von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie das Ende aller ideologischen Kämpfe – und mithin das Ende der Geschichte – verkündete, als einsamer Rufer in einer ungläubigen Wüste.<sup>21</sup> Die Hoffnung, nun könne unter dem Dach internationaler Organisationen endlich die „Friedensdividende“ eingefahren werden, war ebenso weit verbreitet wie die Skepsis daran. Beifall erhielten Prognosen, nun werde die Welt, gestützt auf eine sich globalisierende Wirtschaft, den Wohlstand langfristig für alle mehr und Kriege würden nur noch als Relikt aus vormodernen Zeiten anzutreffen sein. Betroffen von diesem Übel seien Regionen, wo künstliche Staatengebilde wie die Sowjetunion und Jugoslawien zerfielen und zu einer kriegerischen Füllung des entstehenden Vakuums einluden. Große Kriege würden als reale Möglichkeit allerdings in einem völlig neuen Konfliktfeld auftauchen. Im nachideologischen Zeitalter würden sich neue kulturelle Identitäten herausbilden und mit deren Politisierung drohe ein „clash of civilizations“ auszubrechen.<sup>22</sup> Ansonsten galt als gesichert, militärische Macht werde als Machtfaktor relativiert und die künftige Machtverteilung in der Welt entscheide sich entlang der ökonomischen und technologischen Potenz. An die Stelle der Geopolitik, die Brzezinski als theoretische Leitlinie der „einzigen Supermacht“

---

<sup>21</sup> Francis Fukuyama; Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992.

<sup>22</sup> So die viel diskutierte These von Samuel P. Huntington; Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München – Wien 1996.

propagierte, trete – so eine einprägsame Formel – nun die Geoökonomie. An der Spitze der Welt stünden Handelsstaaten und Zivilmächte im friedlichen ökonomischen Wettbewerb. Politik und Staat gehörten in diesen Welten insgesamt zu den Verlierern zugunsten einer alles entscheidenden Ökonomie.<sup>23</sup> Der Staatlichkeit selbst prophezeite man im Zuge der ökonomischen und gesellschaftlichen Interpenetrationen eine stetig sinkende Bedeutung für das internationale System, das stattdessen von supranationalen und internationalen Regimen dominiert werde. Ernst-Otto Czempel nannte diesen Prozess hoffnungsvoll den Übergang von der Staatenwelt zu einer „Gesellschaftswelt“<sup>24</sup>

Es gab freilich auch Gegenstimmen. Der Altmeister der realistischen Schule Henry Kissinger zeichnete ein ganz anderes Bild des 21. Jahrhunderts. Für ihn war die Zeit des Kalten Krieges ein Ausnahmezustand, der die originären Staatsinteressen durch die ideologische Blockkonfrontation vorübergehend suspendierte. Nun, nach deren Ende, werde die Staatenwelt sich wieder dem 19. Jahrhundert annähern, freilich diesmal auf globaler Ebene. Kollektive Sicherheitssysteme hätten darin keine Zukunft mehr, da sich die Staaten nun wieder auf ihre ursprünglichen durch Geografie und Geschichte vorgegebenen Interessen besinnen würden. Die Welt werde von einem globalen sechspoligen Mächtesystem im Gleichgewicht gehalten, da kein Staat über eine ausreichende Machtfülle zur alleinigen Führung verfüge<sup>25</sup>. Das galt auch für die USA, deren Stärke zu Beginn der 90er Jahre noch sehr skeptisch eingeschätzt wurde. Paul Kennedys Thesen zum „Aufstieg und Fall der Großen Mächte“ sah die USA als modernen Fall einer „überdehnten“ Macht, also

---

<sup>23</sup> Exemplarisch dazu Jeffrey E. Garten; Der kalte Frieden. Amerika, Japan und Deutschland im Wettstreit um die Hegemonie. Frankfurt / New York 1993; Lester C. Thurow; Die Zukunft des Kapitalismus. Düsseldorf – München 1996; Richard Rosecrance; Der neue Handelsstaat. Frankfurt / M. 1986 und, mehr die Konflikte betonend, Edward N. Luttwak; Weltwirtschaftskrieg. Export als Waffe – aus Partnern werden Gegner. Reinbek 1994.

<sup>24</sup> Ernst-Otto Czempel; Weltpolitik im Umbruch. München 1993.

<sup>25</sup> Henry Kissinger; Die Wiederkehr der Geschichte, in: ders. Die sechs Säulen der Weltordnung. Berlin 1992, S. 7-40.

tendenziell auf dem Abstieg.<sup>26</sup> Kissinger sah die amerikanische Außenpolitik in schwierige Zeiten kommen, denn Amerika verfüge über keinerlei Erfahrungen, wie man in einem System des Mächtegleichgewichts agiere. In der Grundsatzfrage, ob internationale Systeme in einer Hegemonialstruktur stabiler seien als in einem Gleichgewichtssystem, vertritt Kissinger bis heute das Gleichgewichtsprinzip, freilich aus der Einsicht, dass Amerikas Macht für eine dauerhafte globale Hegemonialstellung nicht ausreiche.<sup>27</sup>

Das sahen Strategen der neokonservativen think tanks anders. Die USA haben demnach nur die Möglichkeit, entweder sich zurückzuhalten mit der Gefahr, irgendwann einer gefährlichen herausfordernden Macht oder Mächtegruppierung gegenüber zu stehen, oder die gegenwärtige Omnipotenz zu nutzen, um die einmal erreichte Stellung nicht nur zu sichern, sondern gegen jede potenzielle Gefährdung aktiv auszubauen. Das Ergebnis wäre eine pax americana, wie sie in dem Strategiepapier „Statement of Principles“ des „Project for the New American Century“ vom 3. Juni 1997 niedergeschrieben wurde, das heutige Mitglieder der Bush-Administration wie Cheney und Rumsfeld unterzeichneten.<sup>28</sup> Hier plädierte

---

<sup>26</sup> Paul Kennedy; Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt / M. 1989, auch wenn Kennedy seine Einschätzung gegenüber den USA revidiert hat, so bleibt seine imposante historische Längsschnittanalyse bei aller Diskussion über die Zukunft der US-Hegemonie eine wichtige Diskussionsgrundlage.

<sup>27</sup> Vergl. zu diesem Komplex ausführlicher Rolf Wortmann; Wohin treibt die Welt? Die Diskussion über die Neue Weltordnung, in: Krieg und Literatur / War and Literature, Vol VI, No. 11-12/1994, S. 151-167. Ein grundlegendes Werk zu der Ordnungsfrage Gleichgewicht oder Hegemonie stammt von Ludwig Dehio; Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte. Krefeld 1948.

<sup>28</sup> Über die neokonservativen think tanks, die personellen Verbindungen und die in diesem Kontext entwickelten Blaupausen für die gegenwärtige US-Politik im Laufe der letzten zehn Jahre informieren Stefan Fröhlich; Hegemonialer Internationalismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10.04.03, der auch das angeführte Dokument des „Project for the New American Century“ darstellt, ferner Patric Fitschen / Jan C. Irlenhaeuser; Wie wird Irak nach dem Kriege aussehen? Die think tanks der USA grübeln schon lange nach über mittel- und langfristige Szenarien in Nahost, in: Frankfurter Rundschau v. 11.04.03 u. zur umfassenderen Diskussion über die neue Weltordnung Wilfried von Bredow; Furcht und Führungsanspruch, FAZ v. 05. 04.03.

man schon länger für einen Regimewechsel im Irak, eine Neuordnung des Nahen Osten und insgesamt für eine aktive Außenpolitik, welche die Strategie der Eindämmung ablösen sollte, und vertraut der militärischen Macht ebenso wie man internationalen Regimen misstraut.

Sie zogen auch aus dem Zweiten Golfkrieg ganz andere Schlüsse. Sie hielten es für einen Fehler, nicht schon damals Saddam Hussein gestürzt zu haben. Davor war Bush sen. damals zurückgewichen, weil es erstens dafür kein UNO-Mandat gab und zweitens seine Berater davon überzeugt waren, das nach Saddam entstehende Vakuum im Irak gefährde die Stabilität der gesamten Region. Die wichtigste Konsequenz zogen sie aber aus der Tatsache – Herfried Münkler hat darauf hingewiesen –, dass der erfolgreiche Verlauf des Zweiten Golfkriegs für die USA beweise, dass Kriege – unterhalb der atomaren Schwelle - konventionell wieder führbar und – nach dem Desaster des Vietnamkrieges - vor allem auch wieder gewinnbar seien. Für die neokonservative Fraktion in den USA hieß deshalb die logische Schlussfolgerung: Krieg ist wieder ein erfolgreiches und einsetzbares Mittel der Politik.<sup>29</sup>

---

<sup>29</sup> Herfried Münkler; Der neue Golfkrieg. Reinbek 2003, S. 80. Er sieht im 2. Golfkrieg die eigentliche Zäsur der amerikanischen Außenpolitik. „Womöglich war es diese Wahrnehmung (des militärischen Erfolges, R.W.) des Krieges als Rückkehr in die Normalität amerikanischer Politik im 20. Jahrhundert, die viele hat übersehen lassen, dass mit dem Zweiten Golfkrieg ein neues Kapitel der Weltpolitik aufgeschlagen wurde: das einer Machtkonstellation, in der es nur noch ein einziges Zentrum gab, und dieses Machtzentrum verfügte über einen Militärapparat, mit dem es, wie bei der Befreiung Kuwaits und der Zerschlagung der irakischen Armee unter Beweis gestellt, immer und überall seinen Willen zur Geltung bringen konnte. Derlei hatte es weltpolitisch bis dahin noch nicht gegeben.“ Weitere Verweise auf die Lehren aus dem Zweiten Golfkrieg ebd. S. 102 ff.

#### IV. Clinton oder Amerika als „gütiger Hegemon“

Amerikas einzigartige Machtposition, eine zuvor unbekannte Größe einer echten Welthegeemonialmacht,<sup>30</sup> war nach dem Ende des Kalten Krieges, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem erfolgreichen Militärschlag gegen den Irak 1991 zu offenkundig, als dass man sie übersehen konnte. Bill Clinton wollte seinem Anspruch nach diese exzellente Stellung in der Rolle eines „gütigen Hegemons“ repräsentieren. Er begann mit dem Versprechen eines „assertive (anspruchsvollen) multilateralism“, aber schon zwei Jahre später, 1994, folgte die Formel „together where we can, on our own where we must“.<sup>31</sup> Für diesen Wandel dürften die negativen Erfahrungen des Somalia-Einsatzes im Jahre 1994 (im Anschluss daran entschied Clinton mit der Präsidentendirektive 25, prinzipiell keine US-Truppen mehr unter UN-Kommando einzusetzen) ebenso entscheidend gewesen sein wie die UNO-kritische republikanische Mehrheit im Congress, mit der sich Clinton fortan konfrontiert sah. Von nun an ist es schwer entscheidbar, inwieweit Clinton seiner eigenen Maxime folgte oder in seiner Außenpolitik sich angesichts der republikanischen Mehrheiten einer innenpolitisch determinierten normativen Kraft des Faktischen unterwarf. Spätestens mit dem Krieg gegen Serbien wurde jedoch deutlich, dass die USA militärische Mittel auch ohne UNO-Mandat für ein probates Mittel der Politik hielten, dass sie gegenüber der NATO zwar eine multilaterale Form wählten, im Kern jedoch ihre Linie festlegten und dafür Gefolgschaft suchten. Eigentlich wurde in diesem Krieg die NATO quasi als UNO-Ersatz eingeführt. Die politisch-strategische Bedeutung des Kosovo-Krieges für das transatlantische Verhältnis zeigte sich dann bei den Verhandlungen über das

---

<sup>30</sup> Die Stellung der USA wird häufig verglichen mit dem Imperium Romanum, ein hinkender Vergleich, denn Amerika verfügt über kein Imperium, das andere Völker in seinen Herrschaftsbereich einverleibt, sondern es führt als Vormacht in einer Welt formell souveräner Staaten. Zum Begriff der Hegemonie siehe den alten Klassiker von Heinrich Triepel; Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten. Stuttgart 1943.

<sup>31</sup> zit. nach Ernst-Otto Czempel; Weltpolitik im Umbruch. München 2002, 4. Aufl. S. 32.

neue strategische Konzept der NATO, das im Frühjahr 2000 angenommen wurde. Es gab einen erbitterten Streit darüber, ob der mandatslose Einsatz im Kosovo die Ausnahme, so die europäische Position, oder die Regel (amerikanische Position) sein solle. Die Formulierungen im Beschlusstext blieben dann so vage, dass „den amerikanischen Wünschen völlige Handlungsfreiheit offen blieb.“<sup>32</sup>

Schon mit dem energischen Eintreten der USA für die NATO-Erweiterung als strategische Entscheidung gegen die OSZE signalisierten die USA ihre Interessen gegenüber Europa vermittelt über die NATO. Von der Öffentlichkeit wenig zur Kenntnis genommen, haben sich die Europäer unter dem Dogma der Unverzichtbarkeit der transatlantischen Partnerschaft seit dem Ende des Kalten Krieges insbesondere in der NATO weitgehend amerikanischen Interessen gebeugt. Sie wurde unter Clinton schleichend zu einer von den USA geführten weltweit agierenden Interventionsmacht ausgebaut, gipfelnd im „Neuen Strategischen Konzept“ vom April 1999, in dem der Verteidigungszweck ebenso entfiel wie die geografische Begrenzung.<sup>33</sup> In dieser Form als allzuständige weltpolitische Hilfspolizei entspricht sie exakt amerikanischen Interessen. Ein Faktum, das Helmut Schmidt als schweren Fehler der Europäer ansieht.<sup>34</sup>

Alle wegweisenden Entscheidungen vollzogen sich in der öffentlichen Darstellung und Rezeption in großer Harmonie zwischen den USA und den Europäern, weil man unter Clintons „gütiger Hegemonie“ ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen europäischen und amerikanischen Interessen sah. Systematisch verdrängte die NATO als exklusives Militärbündnis umfassendere Systeme Kollektiver Sicherheit wie die OSZE. Dabei zeigen die USA ein durchaus ambivalentes

---

<sup>32</sup> Siehe dazu Harald Müller; Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September. Frankfurt / M. 2003, S. 45.

<sup>33</sup> Czempel, a.a.O., S. 82.

<sup>34</sup> Helmut Schmidt; Europa braucht keinen Vormund, in: DIE ZEIT v. 1. August 2002. Es fehlt m.W. bislang an einer kritischen Aufarbeitung der NATO seit dem Ende des Kalten Krieges.

Verhältnis zur NATO. Einerseits ist Europa nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr das strategische Zentrum der US-Außenpolitik, andererseits ist aber das Bündnis das letzte institutionalisierte Bindemittel zwischen den USA und Europa und für die USA das letzte Instrument der Einflussnahme auf Europa. Einerseits ist die USA rein militärisch, wie die Kriegsverläufe in Serbien, Afghanistan und Irak zeigen, auf die NATO nicht mehr angewiesen (was nebenbei den politischen Einfluss der Europäer auf Entscheidungen in Washington senkt), andererseits haben sie stets verhindert, dass sich Europa verteidigungspolitisch verselbständigt und damit die Kontrolle der USA über die NATO minimiert. Symptomatisch ist dafür Mitterands Versuch in den 90er Jahren, durch ein „Europäisches Verteidigungssystem“ eine eigenständige Verteidigungsstruktur außerhalb der NATO aufzubauen. Zwar konnten die USA betriebswirtschaftlich argumentierend dieses Unternehmen als eine unsinnige Verdoppelung und Verschwendung von Ressourcen kritisieren, politisch befürchteten und befürchteten die USA aber in erster Linie den Verlust an Einfluss und Kontrolle über die europäischen Partner.

Gleiches gilt für die Europa-Politik der USA. Sie waren nach dem Zweiten Weltkrieg an einem starken und einigen West-Europa als Bollwerk gegen den Warschauer Pakt interessiert und wurden zugleich durch die westeuropäische Integration von einer zusätzlichen Ordnungsfunktion in dieser Region entlastet. Mit Misstrauen beäugten sie dagegen jeden Versuch, die europäische Integration mit einer politischen und militärischen Eigenständigkeit zu intensivieren.<sup>35</sup> Mit dem Blick auf die jüngste Entwicklung wird auch deutlich, wer politisch

---

<sup>35</sup> Bezeichnend hierfür war 1973, das zum „Jahr für Europa“ ausgerufen wurde, als der damalige Außenminister Kissinger Versuche einer „Europäischer Politischen Zusammenarbeit“ (EPZ) mit der Forderung verband, die USA müsse darin Sitz und Stimme haben. Was er fürchtete war nicht mehr und nicht weniger, als dass ein politisch geeint auftretendes Europa für die USA ein schwer kontrollierbarer Partner sein würde. Siehe dazu Henry A. Kissinger; Memoiren 1973-1974 Bd. 2, München 1982, S. 153-232, s.a. Rolf Wortmann; Frieden oder Sicherheit? Die Krise der westdeutschen Sicherheitspolitik. Opladen 1988, S. 221 ff.

von der Erweiterung der NATO und der EU, die man in Europa primär unter ökonomischen Aspekten diskutierte, zu Lasten einer Vertiefung profitiert.

Clinton glaubte, wie er in seinen Berichten zur „Lage der Nation“ und anderen offiziellen Dokumenten zur US-Sicherheitsstrategie seit 1994 immer wieder formulierte, die USA müsse als „herausragende Weltmacht“ eine „weltweite Führungsrolle“ übernehmen.<sup>36</sup> Dabei galt es, das komplizierte Geschäft zu betreiben, die eigenen Interessen mit der einer Weltordnungsmacht im Allgemeininteresse kompatibel zu machen, bei Bush jr. gilt es, die US-Interessen durchzusetzen: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!“ Auf diese Formel lässt sich der Wandel des Stils bringen. Das Interesse, Amerikas Vormachtstellung zu sichern und gegebenenfalls auch auszubauen, bestimmte faktisch auch Clintons Politik.<sup>37</sup> Der Unterschied liegt in der Methodik.

So war das enorme Militärpotential für das von Clinton propagierte Ziel amerikanischer Weltpolitik: Stärkung und Verbreitung der Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechte, die allesamt zivilgesellschaftliche Ziele sind, nur bedingt brauchbar. Seiner Funktion nach diente es der Abschreckung und der Eindämmung gegenüber unfreundlichen Mächten. Für das Militärpotenzial gab es eigentlich kein unmittelbares Ziel. Bezeichnenderweise fanden sich denn auch in den Sicherheitsanalysen der NATO-Staaten immer vagere und umfassendere Bedrohungsanalysen, um die Existenz des Militärs zu legitimieren.<sup>38</sup> Im Nachhinein wird jedoch immer deutlicher, „was der Anfang der 90er Jahre eingeführte, erweiterte Sicherheitsbegriff, der über die militärische Verteidigung hinausweist, bedeutet“, und welche politische Funktion die USA der NATO damit als einer weltweit

---

<sup>36</sup> Werner Link; Die Neuordnung der Weltpolitik. München 2001, S. 132.

<sup>37</sup> Siehe dazu auch die kritische Zwischenbetrachtung der Clinton-Ära von Claus Leggewie; America first? Der Fall einer konservativen Revolution. Frankfurt / M. 1997, insb. S. 255 ff.

<sup>38</sup> Siehe dazu Rolf Wortmann; Konzepte deutscher Außenpolitik. Kursbestimmung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, in: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft II/1995, S. 184-196, hier v.a. S.190 ff.

agierenden Interventionsarmee zuweisen.<sup>39</sup>

Im Unterschied zu Clinton wussten die Strategen um Bush jr. prinzipiell sehr wohl etwas mit dem militärischen Machtpotenzial anzufangen, sie fanden allerdings zu Beginn ihrer Amtszeit eine relativ friedliche Welt vor. So wusste beispielsweise im Wahlkampf Bush jr. auf die Frage, was sie mit dem gigantischen Militärapparat und seinem anvisierten weiteren Ausbau denn angesichts eines nicht erkennbaren Feindes tun wollten, nur zu antworten, „er wisse zwar nicht wer und wo die Gegner seien, aber er wisse, dass es sie gibt.“<sup>40</sup> Im Kontext dieser hellsichtigen Erklärung erscheint der 11. September. geradezu wie ein unheimliches Geschenk der makabren Art. Nun war der Gegner da, wenn auch unsichtbar. Der 11. September. war somit weniger die Ursache als der Auslöser einer außenpolitischen Strategie, die in ihren Grundzügen schon früher entwickelt worden war. „Eine geradezu imperiale weltpolitische Strategie ist im Entstehen, eine Strategie, welche die transnationalen Beziehungen tatsächlich in eine Krise führen könnte.“<sup>41</sup>

Wer nun glaubt, mit einem Regierungswechsel hin zu den Demokraten würde neue transatlantische Eintracht einkehren, der muss zum einen die Kontinuitätslinien bedenken und zum anderen erkennbare Alternativen der Demokraten aufzeigen.

---

<sup>39</sup> August Pradetto; Instrumenteller Multilateralismus und servile Rezeption: der Irak, die USA und Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik H. 2/ 2003, S. 165.

<sup>40</sup> Zit. nach Czempiel a.a.O. S. 99.

<sup>41</sup> Peter Rudolf; a.a.O. S. 18; zu einem ähnlichen Urteil kommt Christian Hacke; Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer: Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 48/2002, S. 13: „Die US-Außenpolitik wurde – schon vor dem 11. September 2001 – zunehmend militarisiert, unilateral und hegemonial, während die Deutschen und die Europäer zivile, multilaterale, gleichberechtigte und völkerrechtliche Formen der Außenpolitik bevorzugen.“ Dieser Trend habe sich nach dem 11. September dann noch verstärkt.

## V. Ein neuer außenpolitischer Konsens in den USA?

Mit Blick auf die gegenwärtige Situation der Demokraten ist hier große Übereinstimmung und Anpassung an die Bush-Politik zu erwarten. Auch sie haben, gestützt auf wahrscheinlich nicht haltbare Geheimdienstbeweise über die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak, dem Präsidenten volle Handlungsfreiheit unabhängig von einem UNO-Mandat erteilt. Die Demokraten sind der Meinung, dass die USA als unersetzliche Weltmacht eine führende Rolle in der Welt spielen müsse. Wie einer ihrer herausragenden außenpolitischen Strategen, der stellvertretende Verteidigungsminister unter Clinton, Joseph S. Nye, in seinem jüngsten Buch<sup>42</sup> darlegt, favorisiert man hier zwar eine „soft power“, die Rolle des gutmütigen und kooperativen Hegemons. Nicht durch Gewalt und Einschüchterung setze er seine Interessen durch, sondern durch Attraktivität. Weiche Machtausübung bringe andere dazu, dass zu wollen, was man selber will. Aber Nyes anderes Amerika ist eher eine Macht auf Samtpfoten, denn auch er plädiert für einen Multilateralismus à la carte und hält im übrigen die Präventivkriegsdoktrin für richtig, wenngleich er sie aus legitimatorischen Gründen in das UN-System einbauen möchte. Stehen jedoch vitale US-Interessen auf dem Spiel, dann ist auch für ihn Unilateralismus das richtige Konzept. Unilateralismus und Multilateralismus ist in den herrschenden Eliten der USA derzeit also eher ein Unterschied des Grades als des Wesens.

In der Geschichte der amerikanischen Außenpolitik lassen sich von Beginn an drei Strömungen unterscheiden, die zu verschiedenen Zeiten dominierten.<sup>43</sup> Die USA kennen Zeiten

---

<sup>42</sup> Joseph S. Nye jr.; Das Paradox der amerikanischen Macht. Hamburg 2003 und ders., Der ungeschickte Hegemon, in: DIE ZEIT v. 16. April 2003.

<sup>43</sup> So auch Helmut Schmidt; Europa braucht keinen Vormund, in: DIE ZEIT v. 1. August 2002; zur Geschichte der amerikanischen Außenpolitik siehe Charles E. Osgood; Ideals and Self-Interest in America's Foreign Relations. Chicago & London 1953; Henry A. Kissinger; Die Vernunft der Nationen. Berlin 1994; Arthur M. Schlesinger; Der Aufstieg der USA 1865-1951. Salzburg 1954 sowie William A. Williams; Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie. Frankfurt / M. 1973.

des Isolationismus, also des Rückzuges von der Weltpolitik, Phasen eines Internationalismus, wo amerikanische Ideale wie Demokratie, Herrschaft des Rechts und freier Welthandel das internationale System bestimmen, in die sich die USA einordnen, und schließlich auch Etappen eines unilateralen Imperialismus, in dem die Devise „america first“ gilt und die USA der Welt ihre Regeln zum eigenen Nutzen aufdrückt. Nicht selten traten diese Strömungen in verschiedenen Kombinationen nahezu gleichzeitig auf. Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt geht in seiner aktuellen Diagnose davon aus, dass man sich für einen längeren Zeitraum auf eine Dominanz eines unilateralen Imperialismus einstellen müsse.<sup>44</sup> Der prominente amerikanische Philosoph Richard Rorty empfiehlt den Europäern dagegen abzuwarten und bei der nächsten Präsidentschaftswahl genau darauf zu achten, wie groß die Schnittmenge in der Außenpolitik bei Republikanern und Demokraten sein wird. Darin werde sich als künftiger mainstream eine langfristige amerikanische Politik ausdrücken.<sup>45</sup>

Wenn es richtig ist, dass es gegenwärtig zur amerikanischen Hypermacht in der weltpolitischen Arena kein Gegengewicht gibt, dann könnte eine Kurskorrektur nur aus dem Innern der USA erfolgen. Hier wird aber eine innenpolitische Komponente zuwenig beachtet. Die USA sind konservativer geworden, die aussenpolitischen Eliten sind nicht mehr die „eggheads“, jenes an Europa orientierte Ostküsten-Establishment. Gestiegen ist vor allem der Einfluss christlicher und auch jüdischer Fundamentalisten. Nach Schätzungen umfasst dieser Bevölkerungsteil ca. 70 Mio., der für die Republikaner ein zentrales Wählersegment ist und von den Demokraten ebenfalls bedient werden muss. Die zunehmende innenpolitische Bedeutung dieser moral majority reflektiert sich in dem für Europäer befremdlich wirkenden religiösen Habitus des „wiedergeborenen“ Präsidenten. Für weite Teile dieser Kreise ist die UNO der Antichrist, der „god's own country“

---

<sup>44</sup> Helmut Schmidt a.a.O.

<sup>45</sup> Richard Rorty; Kabale und Lüge. Der neue amerikanische Patriotismus, in: Frankfurter Rundschau v. 19. April 2003.

bedroht.<sup>46</sup> Angesichts dieser soziologisch und politisch bedeutsamen Entwicklung versäumen Skeptiker beiderseits des Atlantiks nicht darauf hinzuweisen, dass es auch bei den Werten zwischen einem immer religiöser werdenden Amerika und einem säkularisierten Europa knirscht. Der Vorwurf an die Europäer, sie würden an nichts mehr glauben, ertönt nicht nur aus islamistischen Kreisen, sondern auch aus der westlichen Wertegemeinschaft.

Für die Stabilität des transatlantischen Bündnisses wird von treuen Atlantikern auf die dauerhaften Bindungen, die sich in gemeinsamen Werten und Interessen gründen, und nicht zuletzt auf die Dankbarkeit hingewiesen, die insbesondere Deutschland Amerika für die Befreiung von der Nazi-Herrschaft und für den erfolgreichen Wiederaufbau schulde. Auf Dankbarkeit kann man über Generationen hinweg nur schwerlich stabile internationale Partnerschaften stellen. Ob gemeinsame Werte eine tragfähige Basis für Koalitionen und Allianzen gebildet haben oder bilden können, ist eine Frage für sich. Jedenfalls haben sich die Strategen der realistischen Schule in den USA außerhalb von Sonntagsreden im Prinzip von der „Wertegemeinschaftsromantik“ verabschiedet. Sie sehen konsequenterweise den strukturellen Grund für eine dauerhafte Krise der transatlantischen Kooperation in dem Machtgefälle zwischen USA und Europa.

Diese Position wird gegenwärtig mit großem publizistischen Erfolg von Robert Kagan vorgetragen, der für sich reklamieren darf, damit durchaus den Geist etlicher Strategen der Bush-Administration auszudrücken.<sup>47</sup> Seine Erklärung ergibt sich aus der reinen Logik der Macht. Aus der Sicht dieser Realisten sieht die Welt so aus: Die USA als die einzig verbliebene Supermacht des Kalten Krieges hat eine einzigartige Machtstellung in der heutigen Welt. Kagan sieht in dem Machtgefälle zwischen den

---

<sup>46</sup> Siehe Edward W. Said; Eine radikale Minderheit, in: *Le Monde diplomatique* 3/2003 sowie William Greider; Vorwärts in die Vergangenheit. George W. Bushs Angriff auf den amerikanischen Liberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 6/2003, S.668 - 678.

<sup>47</sup> Robert Kagan; *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*. Berlin 2003. Ohne auf die diversen politikwissenschaftlichen Theorien zur Internationalen Politik im Allgemeinen und der Außenpolitik von Staaten im Besonderen einzugehen, soll hier die im Wissenschaftsjargon

USA und Europa den strukturellen Grund für die im Irak-Krieg aufbrechenden Dissonanzen. In seiner zugespitzten und provozierenden Formulierung verortet er die transatlantischen Partner mittlerweile auf verschiedenen Planeten, die USA auf dem Mars und die Europäer auf der Venus. Während das starke Amerika sich in einer hobbeschen Welt eines anarchischen Staatensystems sieht, in der es dank seiner militärischen Macht allein noch für Ordnung sorgen kann, leben die schwachen Europäer in der Kantschen Traumwelt eines „Ewigen Friedens“. Der Schwache sucht immer die Hilfe des Rechts, genereller und verbindlicher Regeln, mit denen die Starken gebändigt werden sollen, schwache Staaten rufen nach internationalen Organisationen und Einbindung auch der Starken, sie favorisieren Multipolarität und Multilateralismus. Für den Starken aber sind das zunehmend Fesseln, die es

---

„Theorie der realistischen Schule der Außenpolitik“ genannte Theorie kurz skizziert werden. In einer anarchischen Staatenwelt des *bellum omnium contra omnes*, also der Welt des Thomas Hobbes, streben alle nach Sicherheit, dazu brauchen sie Macht. Zunächst ist Machterhaltung und Machtgewinn das quasi natürliche Interesse eines jeden Staates, um seine Souveränität zu sichern. Darüber hinaus hängen die Interessen der Staaten neben ihrer geografischen Lage, ihrer Geschichte und Tradition von ihrer Stärke und Größe im internationalen System ab. Daraus entwickelt sich das, was man auch die Staatsräson nennt. Ich beziehe mich auf diese relativ alte – und wieder an neuer Kraft gewinnende – Theorie nicht, weil ich sie teile. Ich halte sie wegen der Ausblendung vieler Komponenten, z.B. der innenpolitischen, für unterkomplex. Der Grund ist, es ist die Theorie, die seit den achtziger Jahren in den USA zunehmend den Diskurs bestimmt. Ihre prominentesten Vertreter als ehemalige bedeutende Aktivisten in der Politik sind der frühere Außenminister Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski, einst Sicherheitsberater Jimmy Carters. Wichtiger ist, dass etliche Strategen der Bush-Administration dieser Schule zuzurechnen sind. Die Realistische Schule bezieht hier nicht ihre Bedeutung aus ihrer wissenschaftlichen Richtigkeit, sondern daraus, dass sie handlungsleitend ist. Wie schon ein alter Grieche namens Epiktet wusste, bestimmen bekanntlich nicht Tatsachen, sondern Meinungen über Tatsachen oder Weltbilder unser Handeln. Zu den wichtigsten Werken dieser Schule zählen Hans J. Morgenthau; *Macht und Frieden. Grundlagen einer Theorie der internationalen Politik*. Gütersloh 1963; Raymond Aron; *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*. Frankfurt / M. 1963; Henry A. Kissinger; *Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik*. Berlin 1994; bezogen auf die amerikanische Tradition Robert E. Osgood; *Ideals and Self-Interest in America's Foreign Relations*. Chicago & London 1953 und zur Kritik Ulrich Menzel; *Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen*. Frankfurt / M. 2001.

abzustreifen gilt, weil er sonst Gefahr läuft, Machtpotenziale zu verspielen. Aus dieser Perspektive sind Elemente des Strategiewechsels in der amerikanischen Außenpolitik rational nachvollziehbar und nicht mehr das zufällige und vorübergehende Resultat eines wiedergeborenen texanischen Cowboys.

## VI. Wie mächtig ist Amerika?

Andere, an prominenter Stelle der französische Historiker Emmanuel Todd, prophezeien dagegen einen sich schon abzeichnenden Niedergang der amerikanischen Hypermacht.<sup>48</sup> Für ihn ist die USA eine Hegemonialmacht auf Abruf. Todd, der seine Autorität daraus bezieht, den Zusammenbruch der Sowjetunion prognostiziert zu haben, stützt seine Niedergangsthese der USA auf deren schwindende Wirtschaftskraft.<sup>49</sup> Zu einer allseits anerkannten Hegemonialmacht gehört neben einer ökonomischen und technologischen Vormachtstellung eine kulturelle und politische Anziehungskraft eines nachahmenswerten Vorbildes und schließlich eine militärische Kraft, die mit dieser ultima ratio Ordnung zu schaffen vermag.<sup>50</sup> Als Ordnungsfaktor – und das ist das Drama aller bisherigen Hegemonialmächte gewesen – darf sie aber nicht nur als Verwalter der eigenen Interessen auftreten, sondern sie muss ihre Ordnung zugleich als das Allgemeinwohl erscheinen lassen. Was den letzten Punkt angeht, dürften die USA im Zuge des Irakkonfliktes erhebliche Einbußen zu verzeichnen haben. In allen Faktoren – mit Ausnahme der militärischen Hyperpotenz<sup>51</sup> – sieht Todd die USA auf dem absteigenden Ast.

---

<sup>48</sup> Emmanuel Todd; Weltmacht USA – ein Nachruf. München 2003, ferner ders. Die Schwäche des Siegers, in DIE ZEIT v. 24. April 2003.

<sup>49</sup> Tendenzielle Unterstützung erhält er für diese These von dem Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz; Die Goldenen Neunziger. Globalisierungsmythen, Wirtschaftshochmut, Doppelmoral, in: Lettre International Nr. 60, I/2003, S. 44-49.

<sup>50</sup> Diesen Kriterienkatalog, den eine erfolgreiche Hegemonialmacht erfüllen muss, legt auch Brzezinski; Die einzige Weltmacht, S. 26 zu Grunde.

<sup>51</sup> Die USA geben für ihren Verteidigungshaushalt mehr aus als die fünfzehn

Kulturell und politisch sinkt das Ansehen im gleichen Maße wie der amerikanische Patriotismus blüht. Die Selbstgerechtigkeit Amerikas, die nach der Tragödie vom 11. September noch Auftrieb erhielt und sich in Wogen des Patriotismus darstellte, öffnete die Schere zwischen der Selbstwahrnehmung der USA als „benevolent empire“ und der Fremdwahrnehmung noch mehr.<sup>52</sup> Das zeigte sich mit aller Deutlichkeit an dem für Amerika bisher unbekanntem weltweiten Widerspruch gegen seine Irakpolitik, der allein mit der ungeschickten Diplomatie nicht erklärbar ist. Nicht einmal der Vietnam-Krieg stieß auf eine so breite weltweite Ablehnung in den Bevölkerungen, sie erfasste ganz andere Bevölkerungsschichten als die sonst „üblichen Verdächtigen“. Die wohl auch für die USA überraschende Folge war, dass im UN-Sicherheitsrat selbst von den USA ökonomisch extrem abhängige Staaten trotz – oder gerade wegen – offenkundig kräftiger Pressionen nicht zum Einschwenken auf die amerikanische Linie gebracht werden konnten, weshalb man letztlich auf den Versuch, sich durch die UNO eine Legitimation zu verschaffen, in Erwartung einer Niederlage verzichtete. Für die UNO ein Sieg und durch das alleinige Vorgehen der „Koalition der Willigen“ eine Niederlage zugleich. In dem diplomatischen Ringen im Vorfeld des Irak-Krieges scheint einem großen Teil der Welt quasi über Nacht bewusst geworden zu sein, dass die USA nicht nur der unersetzliche Problemlöser ist, als den sich Clintons Amerika so gern präsentierte, sondern selbst zum Problem wird, dass es nicht nur Sicherheit durch Amerika gibt, sondern auch eine Sicherheit vor Amerika geben muss.

Ökonomisch ist die USA nach Todd längst nicht mehr unangefochtene Weltführungsmacht, sondern als Hauptschuldnerstaat angeschlagen und herausgefordert von der

---

nachfolgenden großen Industriestaaten zusammen, dabei ist von dem technologischen Vorsprung nicht die Rede. James Chace; *Imperial America* an *The Common Interest*, in: *World Policy Journal* 01/2002, S. 1.

<sup>52</sup> Siehe dazu Andrea Szukala / Thomas Jäger; *Die innenpolitische Steuerung der amerikanischen Irak-Politik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* H.1 / 2003, S. 37.

EU. Kritische Köpfe in den USA – wie Charles A. Kupchan<sup>53</sup> – gehen davon aus, dass sich die Volkseinkommen der EU und USA immer mehr annähern und der Euro gegenüber dem Dollar ständig an Boden gewinnt. „Investoren tendieren mehr und mehr zu Euro-Anlagen, was für Amerika, das in hohem Maße von Zuflüssen ausländischen Kapitals abhängig ist, zu einer Achillesferse werden könnte.“<sup>54</sup> Bleibt also die Militärmacht und deren stärkere Nutzung und das ist nach Todd geradezu ein Indiz für den beginnenden Abstieg, denn wenn eine Hegemonialmacht hierin ihre Zuflucht sucht, dann führt sie nicht mehr, dann sucht sie Gefolgschaft durch Vasallen. Das undiplomatische Agieren der USA im Vorfeld des Irakkrieges war dafür ein Vorgeschmack. Ob Todds Analyse von gleicher Treffsicherheit ist, wie seine Prognose bezüglich der UdSSR, ist schwer entscheidbar. Jedenfalls gibt es derzeit keine Macht oder kein Kraftzentrum auf der Welt, das die amerikanische Macht ausbalancieren, geschweige denn beerben könnte.

Charles A. Kupchan, er ist Professor für Internationale Politik an der Washingtoner Georgetown University und Mitarbeiter des renommierten „Council on Foreign Relations“ in New York, entwickelt ein Szenario der künftigen Entwicklung der transatlantischen Beziehungen, das keineswegs von werteorientiertem Zweckoptimismus geprägt ist. Es ergibt sich aus einer ebenfalls real- und machtpolitischen Einschätzung, nur werden hier die Stärken und Gewichte anders gemessen. Er sieht im Irakkrieg nicht die Ursache, sondern ein Symptom für die Kluft, die sich nicht nur zwischen Europa und den USA, sondern zum Rest der Welt aufzieht. „Der amerikanische Unilateralismus, der von den Verletzungen und der Wut genährt wird, die der 11. September zurückgelassen hat, zerreißt das Gefüge der internationalen Gemeinschaft.“<sup>55</sup> Er hält es für eine Illusion, die allseits registrierten schwersten Erschütterungen der transatlantischen Beziehungen als einen vorübergehenden

---

<sup>53</sup> Charles A. Kupchan; Nicht nur einer wird gewinnen, in: DIE ZEIT v. 22.05.03, s. a. Stiglitz a.a.O.

<sup>54</sup> Kupchan a.a.O.

<sup>55</sup> Kupchan a.a.O.

Zustand und als „eine Folge negativer Wesenseigenheiten der Bush-Regierung“ zu betrachten. „Unter der Oberfläche macht die internationale Ordnung grundlegende Veränderungen durch, die nicht mehr umkehrbar sind.“<sup>56</sup> Sich auf diesen Umbruch vorzubereiten sei die zentrale Herausforderung der Weltgemeinschaft.

Kupchan sieht allen momentanen Differenzen zum Trotz einen voranschreitenden europäischen Integrationsprozess, mit dem den USA sowohl ökonomisch als auch politisch ein alternatives Machtzentrum erwächst. Die gleiche Entwicklung prognostiziert er auch für China und Japan. Deshalb wird die faktische Machtverteilung der Welt multipolare Strukturen annehmen. Angesichts der aktuellen Bemühungen und Fortschritte bei der politischen Integration Europas wird die europäische Sicherheitsarchitektur mehr europäisch und weniger atlantisch sein. Trotz aller möglichen Anstrengungen, militärisch mehr Eigenständigkeit zu erlangen, wird Europa Amerikas militärische Übermacht nicht in Frage stellen können, dennoch wird Europas Sicherheit künftig weniger von den USA abhängen. Wegen der militärischen Schwäche Europas wird es keine neue Bipolarität geben, aber wegen der ökonomischen Stärke Europas eben auch keine unipolare pax americana. Damit steigen die Chancen größerer Unabhängigkeit und wird einer politischen Selbstbehauptung Europas gegenüber den USA Auftrieb gegeben.<sup>57</sup> Dieser Prozess wird noch verstärkt durch eine dauerhafte Rechtsverschiebung der politischen Gewichte in den USA, die dem Trend zum Unilateralismus eine innenpolitische Substanz verleiht. Mit zunehmender

---

<sup>56</sup> Kupchan a.a.O.

<sup>57</sup> Ein Befund, den auch Brzezinski teilt. Außer Amerikas einzigartiger Macht sieht er aber auch die Notwendigkeit einer Unterstützung durch Europa, um die Vorstellungen der westlichen Welt weltweit zur Geltung zu bringen. Europa ist außerdem der „unverzichtbare geopolitische Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent.“ Brzezinski; Die einzige Weltmacht a.a.O. S. 91; andernorts betont er, Europa brauche die transatlantische Sicherheitspartnerschaft als Ausgleich zu Russland, dass nie zu Europa gehören könne, und umgekehrt Amerikas Macht nicht ausreiche, um auf Europas Unterstützung verzichten zu können. Z. Brzezinski; Vom Protektorat zum globalen Partner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10.11.97.

Dauer dieser Entwicklung wird der Atlantik tiefer und breiter. Die Spaltung des Westens wird folglich für die nächste Zeit die prägende weltpolitische Entwicklung sein. „Zwar ist es unwahrscheinlich, dass die USA und die EU durch die Auflösung der Atlantischen Allianz zu Feinden werden, mit Sicherheit aber entwickeln sie sich zu ausgeprägten Konkurrenten.“<sup>58</sup> In einer sich dahin wandelnden Welt ist dann auch nicht auszuschließen, dass sich in den USA wieder realistische Kräfte durchsetzen, die ernüchert von der Trunkenheit der Macht auf den Pfad multilateraler Tugenden zurückkehren.

## **VII. Europa und Amerikas Hegemonie**

Europa zeigte sich im Irakkonflikt bei den protestierenden Völkern auf der Straße vereint, bei den Regierungen ebenso tief gespalten. Diese offen zu Tage tretende Spaltung dokumentiert Europas Schwäche, seine Unfähigkeit, als Einheit weltpolitisch aktiv zu werden. Es hat wenig Sinn, den Amerikanern gezielte Spaltungsabsichten zu unterstellen. Im Ergebnis ist Europa in dieser Verfassung nicht einmal in der Lage, auf die amerikanische Politik Einfluss zu nehmen und schon gar nicht, ihr Paroli zu bieten. Ein Grund für die Differenzen liegt in den unterschiedlichen Einschätzungen über die Rolle Europas und sein Verhältnis zu den USA. Der Irakkrieg und die divergenten Einschätzungen über seine Notwendigkeit und Legitimation waren der Anlass und nicht die Ursache, durch den diese verborgenen Differenzen offen ausbrachen. Die bislang erfolgreiche Politik der europäischen Integration, deren Vertiefung und Erweiterung scheinbar problemlos mit der primär über die NATO institutionalisierten transatlantischen Kooperation harmonisierte, erweist sich nun in einer veränderten weltpolitischen Konstellation als nahezu unlösbares Problem. Es zeigt sich, dass die Bedeutung der transatlantischen Kooperation in Relation zu einer eigenständigen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sehr unterschiedlich bewertet wird. Während die neuen Staaten

---

<sup>58</sup> Kupchan a.a.O.

der EU aus der Konkursmasse der ehemaligen Sowjetunion und des Warschauer Paktes von Washington ihre Sicherheit garantiert sehen und von der EU ihre Wohlstandsmehrung erwarten, sind die Motive für die Unterstützung der USA bei den alten EU-Staaten anderer Art.

Für sie saßen die Schuldigen für den Streit nicht in Washington, sondern in Berlin und Paris. Tony Blair hat die Gründe dafür deutlich gemacht.<sup>59</sup> Er plädiert dafür, die amerikanische Vorherrschaft anzuerkennen, statt von Multipolarität zu reden. Im Prinzip die alte Ordnungsdebatte, Gleichgewicht oder Hegemonie, aufnehmend, bezweifelt er, die Welt werde durch mehrere Machtzentren stabiler und friedlicher. Das Faktum einer unipolaren Welt ist im Zweifel auch gut, solange sie von den USA geführt wird. Blair hat damit nicht nur das Rätselraten über die Motive seiner Irakpolitik beendet, seine realistische Antwort darauf, wie die transatlantische Partnerschaft allen Beschädigungen zum Trotz weitergehen könnte, müsste in die Empfehlung münden, man könne nicht einmal zum eigenen Nutzen eine multipolare Welt mangels Macht herstellen,<sup>60</sup> also fahre man besser, sich der unipolaren Macht so zu unterstellen, damit man sie wenigstens zum multilateralen Handeln bewegen kann. Lebt es sich nicht besser unter einer amerikanischen Hegemonie, die es dann zu stützen gilt, anstatt sich dieser Hegemonie in einem noch nicht existierenden multipolaren Gleichgewicht mit ungewissem Ausgang zu entziehen? Im letzterem Falle wären die einstigen transatlantischen Partner bestenfalls nur noch Konkurrenten, schlimmstenfalls Gegner oder gar Feinde. Schließlich bedarf Europa mindestens für die Absicherung seiner ebenfalls weltweiten Wirtschaftsinteressen der schützenden Fittiche der amerikanischen Supermacht?<sup>61</sup> Das sind in der Tat

---

<sup>59</sup> Laut Frankfurter Rundschau v. 29.04.03 am Tage zuvor in einem Interview mit der Financial Times.

<sup>60</sup> Europa ist in den Kategorien der Machtgewichte eine „kritische Masse“: Es ist zu stark, die bestehende Machtbalance nicht zu tangieren, und zu schwach, eine neue herzustellen.

<sup>61</sup> Die hier umrissene Position wird natürlich nicht nur von Tony Blair vertreten. Ebenso Peter Mandelson, Mehr intervenieren, nicht weniger, in: tageszeitung v. 19.05.03; Karl Otto Hondrich; Die ordnende Gewalt, in: Der Spiegel 25/03 S. 58-60; Hans-Peter Schwarz; Elefanten und Biber, in: FAZ v. 20.05.03; Dimitrij Trenin; Aufräumen in der Alten Welt, in: DIE ZEIT v. 30. 04.03.

die alles entscheidenden macht- und ordnungspolitischen Fragen, auf deren Beantwortung alle künftigen Debatten über das transatlantische Verhältnis und die außen- und sicherheitspolitische Identität Europas hinauslaufen.

### **VIII. Europas Optionen**

Blairs Antwort auf diese Fragen dürfte der Beifall zumindest bei den Wirtschaftseliten sicher sein. Bei den transatlantisch orientierten politischen Eliten ist das schon nicht mehr sicher. Hier hängt alles von der Einschätzung der künftigen Entwicklung der amerikanischen Politik ab. Wer glaubt, die Amerikaner würden von ihrem gegenwärtigen Kurs, den man allerdings für falsch oder bedrohlich halten muss, schon bald wieder abkehren, sei es, weil das „Problem Bush“ sich durch Abwahl erledigt oder weil die USA ihre Macht überschätzen und sich der Bedeutung ihrer europäischen Verbündeten wieder erinnern werden, wird keinen großen Handlungsbedarf sehen. Man wird das eine tun, also die außen- und sicherheitspolitische Integration im Rahmen ihrer realen Möglichkeiten vorantreiben, ohne das andere, die Festigung der transatlantischen Partnerschaft vor allem über die NATO, zu unterlassen. Dies scheint momentan die dominante Linie der europäischen Irakkriegskritiker, vor allem Deutschlands und Frankreichs zu sein.

Was aber ist, wenn die USA, abgesehen von Attitüden eines symbolischen oder taktischen Multilateralismus, künftig an der Umsetzung ihres neuen Sicherheitsparadigmas arbeiten? Dann wird für einen Teil der Europäer die damit verbundene Gefolgschaft angesichts einer kritischen Bevölkerung innenpolitisch teuer. Verfolgen die USA eine Politik der aktiven Neugestaltung der Welt, dann stellt sich erstens die Frage, ob das in jedem Fall auch im europäischen Interesse liegt, und zweitens wird man in Washington dann Taten sehen wollen, ohne dass deshalb Einfluss und Mitsprache der Europäer gegenüber den USA steigen. Denn die Antwort auf die Frage, welche Bedeutung Europa als geopolitische Region und als politischer Verbündeter in der amerikanischen Globalstrategie einnimmt, wird nicht in Europa, sondern in Washington

gegeben. Ein „natürlicher Verbündeter“ wie zur Zeit des Kalten Krieges, auf den man im eigenen Interesse hören musste, ist Europa für die USA nicht mehr. Europa kann sich durch wohlwollende und aktive Unterstützung Amerikas diese Bedeutung verdienen, aber nicht durch Macht erzwingen. Man kann sich zur „Koalition der Willigen“ verpflichten, um den Zorn der Führungsmacht zu minimieren, aber dadurch gewinnt man keinen eigenständigen Handlungsspielraum.

Ein solcher Befund kann sich nicht der schwierigen Frage entledigen, was eine realistische Alternative wäre. Gesetzt den Fall, eine Achse Berlin – Paris würde zur Lokomotive einer eigenständigen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und die Selbstbehauptung Europas gegenüber den USA vorantreiben, dann ergeben sich sogleich zwei Probleme. Erstens müssten dafür auch die anderen Repräsentanten des alten Europa gewonnen werden. Ein denkbare Szenario wäre, dass die hier unterstellte künftige amerikanische Politik eines „robusten Unilateralismus“ gerade dadurch die Rolle des Geburtshelfers einer neuen Einigkeit der Europäer übernimmt. Das Manko eines solchen Szenarios wäre allerdings, dass die weltpolitische Selbstfindung Europas nicht von innen heraus erfolgte, sondern durch die integrierende Kraft eines äußeren Gegners.<sup>62</sup>

Das zweite Problem betrifft die Sicherheitslage der neuen Mitgliedstaaten. Solange diese nicht darauf vertrauen, dass ihnen Frankreich und Deutschland oder ein darüber hinaus sich konstituierendes Europa die gleiche Sicherheit zu gewähren vermag wie die USA durch die NATO, werden sie angesichts der weiterhin bestehenden Furcht vor dem russischen Nachbarn nur schwerlich zu Europäern, die über die Wirtschaftsunion hinausreichen. Ob sie allerdings auf

---

<sup>62</sup> Historiker werden darin eine wenig verheißungsvolle Analogie zur Entstehung des europäischen Nationalismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts sehen und vor allem auf Deutschland verweisen, dessen nationale Identitätsbildung sich damals überwiegend aus einem antifranzösischen Ressentiment speiste. Dagegen ließe sich einwenden, dass historisch erkannte Fehler nicht wiederholt werden müssen. Außerdem würde ein sich in Abgrenzung zu Amerika konstituierendes eigenständiges Europa seine Verpflichtung zu den westlichen Werten nicht aufgeben.

Dauer in „Koalitionen der Willigen“ glücklicher sein werden, ist nicht sicher. Bei der Bevölkerung in diesen Ländern hielt sich die Begeisterung für den Irakkrieg in Grenzen.

Außer den angeführten Imponderabilien für eine einheitliche europäische Politik gibt es auch Chancen. So bietet das von Kupchan definitiv festgestellte Ende der Einheit des Westens als Akteur der Weltpolitik auch die Möglichkeit, die universale Wirkung und Geltung westlicher Werte zu retten. Wenn die kulturelle und politische Attraktivität der USA in der Welt als Folge ihrer Politik sinken sollte, dann eröffnet der Zerfall des Westens in verschiedene Richtungen in der Perzeption beispielsweise der arabisch-muslimischen Welt auch die Bedingung der Möglichkeit zur Differenzierung. Es gibt dann für Kritiker der dortigen Potentatenregime nicht nur die qualvolle Wahl zwischen dem ungeliebten Amerika als Befreier oder einem islamischen Fundamentalismus. Ein anderer, europäischer Westen könnte nicht nur regional, sondern weltpolitisch andere Akzente setzen, die nicht mit amerikanischer Machtpolitik identifiziert werden müssten. Europa müsste dabei aber allerdings seine primäre Orientierung an Stabilität zugunsten einer stärkeren Unterstützung oppositioneller Kräfte gegenüber Diktaturen relativieren, ohne deshalb in die Fußstapfen eines „demokratischen Imperialismus“ zu treten.

Europas Zukunft besteht sicherlich nicht darin, eine den USA vergleichbare Militärmacht zu werden. Übernimmt man Kagans polemische Zuspitzung, kann Europa gerade als Venus mehr zur Lösung der vielen realen Probleme – einschließlich der Bekämpfung des Terrorismus - in der Welt leisten als Mars. Europas historische Aufgabe ist es, Kant zum Sieg über Hobbes zu verhelfen. Es vollzöge sich ein paradoxer Rollentausch. Europa übernehme die gute Tradition der USA, denn die Idee der Herrschaft des Rechts und allgemeiner Regeln für alle Staaten, diese Kantsche Idee versuchten die USA mit der Gründung der UNO zu realisieren. Europa hat in seiner leidvollen Geschichte die destruktive Kraft jener Machtpolitik erfahren, die heute von „Realisten“ in den USA favorisiert und zur Nachahmung empfohlen wird. Europa hat daraus mit dem Bau der EU einzigartige

Konsequenzen gezogen, die vor 50 Jahren noch im Reich der Utopien angesiedelt wurden.

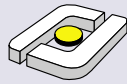
Will Europa seinen Einfluss im Sinne seiner bisherigen Politik der Stärkung des Rechts, der internationalen Organisationen und multilateralen Agierens geltend machen, dann ist das in einer transatlantischen Partnerschaft nur dann möglich, wenn jene Diagnostiker Recht behalten, dass Amerikas Macht nicht ausreicht, um auf die Europäer als gleichberechtigte Partner verzichten zu können. Andernfalls stehen Europa harte Zeiten bevor. Noch fehlt für die Selbstbehauptung Europas gegenüber Amerika sowohl der Mut als auch eine Strategie. Es gilt wieder einmal die berühmte Feststellung Max Webers, „dass man das Mögliche nicht erreicht, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre.“ Das erfordert allerdings „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“











Fachhochschule Osnabrück  
University of Applied Sciences

**Fakultät  
Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaften**

**Reform**  
Fachhochschule

ausgezeichnet vom Stifterverband  
für die Deutsche Wissenschaft